

TAB INTERN

ÖFFENTLICHES FACHGESPRÄCH »INDIVIDUALISIERTE MEDIZIN« IM BUNDESTAG IM MAI 2009

Die individualisierte Medizin könnte die Gesundheitsversorgung in etwa 15 bis 20 Jahren wesentlich prägen und alle Stufen der Leistungserbringung – von der Prävention über (Früh-)Diagnostik bis zu Therapie und Nachsorge – durchdringen. Sie birgt das Potenzial, anspruchsvollere Qualitäts- und Kostenziele in der Gesundheitsversorgung zu erreichen, indem sie medizinische Leistungen bereitstellt, die spezifischer als bisher an das Individuum angepasst sein werden.

Im Auftrag des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat das TAB erstmals die relevanten wissenschaftlich-technischen Entwicklungslinien in einem Zukunftsreport integriert betrachtet. Dabei werden Erkenntnisse und Technologien aus der Genomforschung, dem Tissue Engineering, der Stammzellforschung und der Nanomedizin im Hinblick auf ihre Potenziale und Herausforderungen für eine individualisierte Medizin untersucht. Da es in diesen Bereichen zurzeit noch wenige anwendungsnahe Entwicklungen gibt, bleiben auch die Konturen einer solchen Medizin, ihre Möglichkeiten und Grenzen noch teilweise unscharf. Dennoch ist es aus gesellschaftlicher und politischer Perspektive wichtig, sich frühzeitig mit der Frage zu befassen, ob und wie Produkte und Verfahren der individualisierten Medizin in die Gesundheitsversorgung integriert werden könnten.

Der TAB-Zukunftsreport »Individualisierte Medizin« bildete die Grundlage für ein moderiertes Fachgespräch am 27. Mai 2009 im Deutschen Bundestag zu folgenden Schwerpunkten:

- › Was kann und möchte die individualisierte Medizin – und was nicht? Zum Stand von Wissenschaft und Forschung

- › Welche Verfahren nützen wem – und wer soll sie bezahlen? Zur möglichen Integration in die medizinische Versorgung
- › Versorgung für alle oder medizinischer Fortschritt als Privileg? Befähigung oder Verpflichtung zur Vorsorge? Fragen an das Gesundheitssystem der Zukunft

Die Veranstaltung führte Abgeordnete, namhafte Vertreter aus der Forschung, Wirtschaft und dem deutschen Gesundheitssystem sowie die interessierte Öffentlichkeit zusammen. Die Kombination aus einer kurzen thematischen Einführung durch die Projektleiterin Bärbel Hüsing mit Impulsstatements durch ausgewiesene Experten und das sich anschließende von Armin Grunwald moderierte Fachgespräch erwies sich als sehr fruchtbar. Übereinstimmend wurde die hohe Qualität des Berichts gelobt. Die Anwesenden stimmten darin überein, dass diese Veranstaltung zur Thematik »Individualisierte Medizin und Gesundheitssystem« als eine Art Agendasetting verstanden werden kann und betonten, dass auch zukünftig dieses Thema für den Deutschen Bundestag von Bedeutung sein wird.

INTERNATIONALES INTERESSE AN DER ARBEIT DES TAB

Am 11. März 2009 war eine hochrangig besetzte Delegation der OECD zu Gast im Deutschen Bundestag. Im Auftrag der Europäischen Union führt die OECD eine Studie über die »Regelungskapazität in den 15 ursprünglichen Mitgliedstaaten der EU mit Schwerpunkt Bessere Rechtsetzung« durch. In deren Mittelpunkt stehen Fragen der Gesetzgebung und der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im föderalen Staat. Die Studie dient der OECD unter anderem dazu, die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen des föderalen Staates kennen zu

lernen und zu bewerten. Der Stand bei den Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung soll erhoben und neue Entwicklungen sollen angestoßen werden. In diesem Zusammenhang hatte das TAB die Gelegenheit, seine Arbeit für den Deutschen Bundestag zu präsentieren.

Das britische Parliamentary Office of Science and Technology (POST) setzt sich gegenwärtig stark dafür ein, Capacity Building für Technikfolgenabschätzung in Afrika voranzutreiben. Im Zuge dieser Bemühungen war ein Vertreter des Parlaments von Uganda am 16. März 2009 zu Besuch im TAB. Nach der Vorstellung der Arbeit des TAB wurden in einem intensiven Gedankenaustausch die Möglichkeiten erörtert, wie das Modell »TAB« für die zukünftige Institutionalisierung von TA für afrikanische Parlamente nutzbar gemacht werden könnte.

Einem analogen Ziel diene der Besuch eines Mitarbeiters des wissenschaftlichen Dienstes der japanischen Parlamentsbibliothek am 12. Dezember 2008. In Japan gibt es auf der Ebene der Ministerien durchaus Aktivitäten zur Bewertung von Technikfolgen. In den letzten Jahren ist ein verstärktes Interesse des Parlaments zu verzeichnen, TA auch in den legislativen parlamentarischen Prozess zu integrieren.

Es ist zu wünschen, dass diesen Bemühungen, die internationale Parlaments-TA zu stärken, Erfolg beschieden sein möge.

TAB-BERICHTE IM BUNDESTAG

Am 28. Januar 2009 erfolgten die Präsentation und Abnahme des Zukunftsreports »Individualisierte Medizin und Gesundheitssystem« durch die Projektleiterin Bärbel Hüsing im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (ABFTA).

Am 4. März 2009 wurden wesentliche Ergebnisse des TAB-Projekts »Öffentliche und elektronische Petitionen und bürgerschaftliche Teilhabe« vom Projektleiter Ulrich Riehm den Abgeordneten des ABFTA sowie Vertretern des Petitionsausschusses, die zu diesem Tagesordnungspunkt in die Sitzung des ABFTA gekommen waren, präsentiert. Nach einer ausführlichen Debatte wurde der TAB-Bericht abgenommen.

Der Abschlussbericht zum TA-Projekt »Auswirkungen des Einsatzes transgenen Saatguts auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern« wurde vom ABFTA am 25. März 2009 abgenommen, die Präsentation der Ergebnisse durch den Projektleiter Arnold Sauter erfolgte am 22. April 2009 im ABFTA sowie am 13. Mai 2009 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Abschlussbericht zum Projekt »Chancen und Perspektiven behinderungskompensierender Technologien am Arbeitsplatz« wurde am 27. Mai 2009 vom ABFTA ohne Präsentation und Aussprache abgenommen.

Die genannten Berichte werden auch als Bundestagsdrucksache veröffentlicht und danach den Fachausschüssen zur Beratung überwiesen.

NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN

INDIVIDUALISIERTE MEDIZIN UND GESUNDHEITSSYSTEM

In der medizinischen Forschung und Entwicklung ist seit einigen Jahren ein Trend zu individuelleren, auf die Gegebenheiten des einzelnen Patienten maßgeschneiderten Gesundheitsleistungen erkennbar. Durch die verbesserte Ermittlung von Erkrankungsrisiken und spezifischere Diagnostik soll bereits vor der Anwendung mit

in den Blick genommen werden, wie ein Patient auf eine bestimmte Therapie ansprechen könnte. Diese Ansätze einer individualisierten Medizin stützen sich auf so unterschiedliche wissenschaftlich-technische Entwicklungen wie Genomanalysen, Nanomedizin, autologe Zelltherapien, molekulares Imaging, Nutrigenomik oder die Ermittlung patientenspezifischer Proteinexpressionsmuster.

Momentan wird angenommen, dass sich diese Forschungsansätze nicht »automatisch« im Gesundheitsmarkt durchsetzen, sondern expliziter Anreize und ressourcenstarker Akteure bedürfen. Darüber hinaus erfordert die Entwicklung entsprechender Geschäftsmodelle eine spezifische Rahmung, sodass die Ausschöpfung der Nutzenpotenziale (Zugewinn an Gesundheit und Lebensqualität) und die Vermeidung nichtintendierter Folgen (Belastung oder Irreführung von Patienten durch Verfahren mit zweifelhaftem Nutzen) gewährleistet werden. Im TAB-Arbeitsbericht Nr. 126 wurden die relevanten Entwicklungslinien der Lebenswissenschaften in den Blick genommen sowie der Stand der Wissenschaft und Technik dargestellt. Unter der Perspektive eines nutzbringenden Beitrags für die Gesundheit wurden Implikationen für die Technikentwicklung und deren Einbettung in das zukünftige Gesundheitssystem (von Unternehmen über medizinische Versorgung bis zur Krankenversicherung) herausgearbeitet.

In der Debatte um die zukünftigen Möglichkeiten einer individualisierten Medizin ist eine Akzentverschiebung im gesellschaftlichen Diskurs in Bezug auf die Eigenverantwortung für den Erhalt von Gesundheit zu beobachten. So wird die Verantwortung des Einzelnen zur Vorsorge betont. Jedoch sind das Wissen um ein individuelles Erkrankungsrisiko noch äußerst lückenhaft und die Effektivität zielge-

richteter Präventionsmaßnahmen und die tatsächlichen Möglichkeiten des Einzelnen weitgehend unklar. Bei der zunehmend befund- und krankheitsprozessorientierten prädiktiven Risikoeermittlung und Krankheitsbewältigung gilt es, die psychischen Aspekte einer Krankheit (Leben mit einer besonderen Risikodisposition; Möglichkeiten, Alltagshandeln darauf abzustimmen) nicht aus dem Blick zu verlieren. Der TAB-Zukunftsreport »Individualisierte Medizin und Gesundheitssystem« weist ferner darauf hin, dass im Kontext der individualisierten Medizin die kontroverse Debatte – wie weit die Inpflichtnahme des Einzelnen durch die Solidargemeinschaft gehen und welches Maß an Gesundheitsverhalten und Eigenbeitrag die Solidargemeinschaft vom Einzelnen einfordern darf – weiter geführt werden muss. Die Herausforderung besteht darin, angemessene und ethisch reflektierte Lösungsansätze zu finden und umzusetzen.

Der TAB-Zukunftsreport »Individualisierte Medizin« ist in Zuschnitt und thematischer Ausrichtung auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland und auch international einzigartig. Der Bericht ist als PDF-Datei im Internet unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab126.pdf und die Zusammenfassung unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab126.htm abrufbar. Die gedruckte Version des TAB-Arbeitsberichtes Nr. 126 ist bereits vergriffen.

E-PETITIONEN: NEUE MÖGLICHKEITEN DER BÜRGERSCHAFTLICHEN TEILHABE

2005 hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages den Modellversuch »Öffentliche Petitionen« gestartet. Dadurch wurde es möglich, Petitionen elektronisch zu übermitteln und sie nach formaler Prüfung auf Zulässigkeit im Internet zu veröffentlichen. Innerhalb von sechs Wochen können sie dann durch andere Bürger mitge-

zeichnet und in einem Onlineforum diskutiert werden. Nach Abschluss des Verfahrens wird der Beschluss des Petitionsausschusses mit Begründung im Internet veröffentlicht. Für den Petitionsausschuss, der bis dahin keine öffentlichen Petitionen kannte, war dies ein bedeutender Modernisierungsschritt, der im Rahmen eines TA-Projekts durch das TAB begleitet wurde.

Untersuchungsschwerpunkte bildeten die Funktionalität und Benutzerfreundlichkeit des Softwaresystems und dessen technische und verfahrensmäßige Einbettung in das (informationstechnische) Umfeld des Deutschen Bundestages sowie die Nutzung und Bewertung durch Öffentlichkeit, Petenten, Bundestagsverwaltung und Politik. Darüber hinaus wurden auch andere Eingabe-, Beschwerde- und Schlichtungsstellen national und international vergleichend analysiert. Von besonderem Interesse waren die durch das Internet möglichen partizipativen und diskursiven Verfahrenselemente. Das TA-Projekt leistete so einen doppelten Beitrag: Einerseits wurden für ein wichtiges E-Demokratieprojekt des Deutschen Bundestages konkrete Empfehlungen zu seiner Fortführung erarbeitet; andererseits lieferte die Analyse der nationalen und internationalen Einführung und Nutzung von E-Petitionssystemen einen Diskussionsbeitrag zur Internetnutzung in der Politik im Allgemeinen und durch Parlamente im Besonderen.

Im Kontext einer Diskussion um eine stärkere bürgerschaftliche Teilhabe an parlamentarischen Prozessen unter Nutzung des Internets erscheinen elektronische Petitionssysteme besonders geeignet und erfolgreich zu sein, weil dort das Bürgerengagement auf ein etabliertes Verfahren trifft, das ohnehin auf die Bearbeitung von Eingaben vorbereitet ist.

Die Bearbeitung der Themen E-Petitionen, Bürgerpartizipation und E-Demo-

kratie wird in einem Nachfolgeprojekt des TAB fortgeführt. Die Projektergebnisse sind dokumentiert als TAB-Arbeitsbericht Nr. 127 und in der Reihe »Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag«, edition sigma, als Band 29 publiziert.

Die Zusammenfassung des Berichts steht im Internet unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab127.htm zur Verfügung.

DER PETITIONSAUSSCHUSS IM SPIEGEL DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Die Möglichkeit, Petitionen an Behörden oder Parlamente zu richten, gehört in Deutschland zu den grundgesetzlich garantierten Bürgerrechten. Meist handelt es sich dabei um Beschwerden oder um Bitten, bestimmte Gesetze zu ändern bzw. zu beschließen. Daten zur Bekanntheit und zur Nutzung des Petitionsrechts lagen für Deutschland bisher nicht vor. Mit einer vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) veranlassten Befragung »Bekanntheit und Ansehen des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und Nutzung des Petitionsrechts in Deutschland« konnte diese Wissenslücke nun geschlossen werden. Insgesamt wurden im November 2008 1.014 Personen telefonisch befragt.

Die Befragung ist Bestandteil des Technikfolgenabschätzungsprojekts »Öffentliche elektronische Petitionen und bürgerschaftliche Teilhabe«, das vom TAB im Auftrag des Bundestages in den Jahren 2006 bis 2008 durchgeführt worden ist.

Im Hinblick auf Bekanntheit und Nutzung des Petitionsrechts stellte sich u. a. heraus, dass 67,1 % der Bevölkerung vom Petitionsrecht schon einmal gehört haben, 21,4 % das Petitionsrecht mindestens einmal selbst

genutzt haben (durch Unterstützung oder eigene Einreichung einer Petition), 19,3 % eine Sammel- oder Massenpetition durch ihre Unterschrift unterstützt sowie 3,6 % eine Petition selbst initiiert und eingereicht haben. Die überwiegenden Nutzer des Petitionsrechts sind ältere, gutgebildete, an Politik interessierte, internetaffine Männer. Weitere Ergebnisse präsentiert der Beitrag »Wohlbekannt, doch ausbaufähig: Bevölkerungsbefragung zum Petitionswesen« in diesem TAB-Brief.

Die Ergebnisse der Befragung werden dokumentiert im TAB-Hintergrundpapier Nr. 17: »Bekanntheit und Ansehen des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und Nutzung des Petitionsrechts in Deutschland« (Autoren: Barbara Lippa, Herbert Kubicek, Stephan Bröchler). Der Bericht steht auch im Internet unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/hp17.pdf zur Verfügung.

TRANSGENES SAATGUT IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN – ERFAHRUNGEN, HERAUSFORDERUNGEN, PERSPEKTIVEN

Gentechnisch verändertes Saatgut wird seit Mitte der 1990er Jahre in einigen Entwicklungsländern, vor allem aber in »Schwellenländern« wie Argentinien, Brasilien, China und Indien zunehmend eingesetzt. Die möglichen Folgen sind seit Beginn der Diskussion über Nutzen und Risiken der Gentechnik ein wichtiger und hochkontroverser Streitpunkt der Debatte. Sowohl Befürworter als auch Gegner eines Einsatzes transgenen Saatguts in Entwicklungsländern gehen davon aus, dass die Gentechnologie unter den ökologischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Bedingungen von weniger entwickelten wie von Schwellenländern weitreichende Auswirkungen haben kann – je nach Standpunkt und Erwartungshaltung in positiver oder in negativer Hinsicht. Auf der einen Seite stehen große Erwartungen an einen Beitrag der

Gentechnik zur Ernährungssicherung und zum wirtschaftlichen Anschluss der Entwicklungsländer an die Industrieländer, auf der anderen Seite gibt es große Befürchtungen bezüglich nachteiliger Auswirkungen auf kleinbäuerliche Wirtschaftsweisen und den traditionellen Umgang mit Saatgut.

Die Bundestagssausschüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung wollten eine Antwort auf die Frage: Was weiß man nach mittlerweile zwölf Jahren zunehmenden Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in Entwicklungs- bzw. vor allem in Schwellenländern? Es ist vermutlich kein Wunder, dass es kaum umfassende Darstellungen zu diesem Thema gibt, denn das Spektrum möglicher Untersuchungsperspektiven und Teilfragen ist enorm – allein deshalb, weil die geografischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in den verschiedenen Ländern äußerst unterschiedlich sind.

Im TAB-Projekt »Auswirkungen des Einsatzes transgenen Saatguts auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern« wurde deshalb eine Kombination von allgemeinem Überblick und detailreicher Einzelanalyse gewählt: Der Abschlussbericht gibt zunächst einen Überblick über die in-

ternationale Debatte zu Chancen und Risiken der Nutzung gentechnisch veränderten Sorten in Entwicklungsländern. Danach folgen vier Fallstudien zu Ländern mit ausgedehntem und mit bislang begrenztem Einsatz von transgenem Saatgut (Brasilien, Chile, China, Costa Rica). Diese werden mit Blick auf zentrale Frage- bzw. Zielstellungen diskutiert: zum Bereich Forschung und Entwicklung, zur Frage der bisherigen ökonomischen Resultate des Anbaus transgener Pflanzen, zu sonstigen sozioökonomischen Effekten und Fragen der Teilhabe sowie zu Erfassung, Bewertung und Regulierung von Risiken. Die Untersuchung zeigt, dass die heftigsten Kontroversen weltweit um die Themen Teilhabe und Sozialverträglichkeit kreisen und nicht vorrangig um technisch-naturwissenschaftliche Fragen von biologischer Sicherheit. Es wird deutlich gemacht, wie dünn die Datenlage zu den sozioökonomischen Effekten auch nach zwölf Jahren zunehmenden kommerziellen Anbaus von transgenem Saatgut ist. Auch ist unübersehbar, dass das Spektrum der Pflanzenarten, Sorten und Eigenschaften bislang sehr begrenzt ist.

Die Frage, ob gentechnisch veränderte Pflanzen in absehbarer Zukunft differenzierte, angepasste Optionen für unterschiedlich entwickelte Agrarwirtschaften bieten können, lässt sich nicht abschließend beantworten. Die deshalb

erforderliche weitere Debatte sollte problemorientiert erfolgen. Dabei müssten – ausgehend von den zentralen Herausforderungen der Landwirtschaft – gentechnische Züchtungsansätze im Vergleich mit alternativen Optionen hinsichtlich ihres Problemlösungspotenzials ohne Vorabfestlegung analysiert werden (s. a. den Beitrag von Arnold Sauter im »Schwerpunkt« dieses TAB-Briefes).

Der TAB-Arbeitsbericht Nr. 128 »Transgenes Saatgut in Entwicklungsländern – Erfahrungen, Herausforderungen, Perspektiven« ist als PDF-Datei im Internet unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab128.pdf, die Zusammenfassung unter www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab128.htm abrufbar. Die gedruckte Version des TAB-Arbeitsberichtes ist bereits vergriffen.

TÄTIGKEITSBERICHT 2008

Der Tätigkeitsbericht 2008 des TAB wird im August 2009 als TAB-Arbeitsbericht Nr. 130 erscheinen. Er enthält eine Darlegung von Zielen, Inhalten und (Zwischen-)Ergebnissen der im Berichtszeitraum abgeschlossenen oder laufenden Projekte. Darüber hinaus gibt es Informationen zu den Aufgaben, zur Organisation, zu europäischen Kooperationen und zu den Publikationen des TAB.